

**POSTULAT** von Jürg Trachsel (SVP, Richterswil), Martin Arnold (SVP, Oberrieden) und Gregor Rutz (SVP, Küsnacht)

betreffend Rechtssicherheit für den Wirtschafts- und Finanzplatz

---

Der Regierungsrat wird beauftragt, ein Konzept auszuarbeiten, welches die langfristige und zuverlässige Gewährleistung der Rechtssicherheit, Schutz und Stärkung des Finanzplatzes Zürich sowie dessen Bewahrung vor weiterem Schaden beinhaltet.

Jürg Trachsel  
Martin Arnold  
Gregor Rutz

Begründung:

Mit rund 100 Milliarde Franken erwirtschaftet der Kanton Zürich insgesamt mehr als einen Fünftel der Schweizer Wertschöpfung. Zürich ist der Wirtschaftsmotor unseres Landes, der Finanzplatz eine tragende Säule. Diese Stärken sind in Gefahr. Der internationale, politische Druck auf den Finanzplatz Zürich nimmt stetig zu. Durch verfehlte politische Entscheide und eine unglückliche Aussenpolitik werden die Rahmenbedingungen immer unzuverlässiger. In der Folge sinkt die Reputation, und der Finanz- und Wirtschaftsstandort Zürich nimmt einen immer grösser werdenden Schaden.

Seit einiger Zeit müssen wir eine schleichende Aushöhlung des Bankkundengeheimnisses beobachten. Wiederholte Verletzungen, wie beispielsweise durch die Herausgabe von Kundendaten oder durch CD-Verkäufe stellen die Rechtssicherheit in Frage. Dies muss für Regierung und Parlament von höchster Relevanz sein: Handelt es sich beim Schutz der Privatsphäre doch um ein in Art. 13 BV gewährleistetes Freiheitsrecht, das zunehmend in Frage gestellt wird.

Betroffen sind jedoch nicht nur Bankkunden: Mit seinem Entscheid vom 4. April 2012 ermächtigt der Bundesrat Schweizer Banken zur Herausgabe von Daten über seine Mitarbeiter an das US-Justizdepartement. Damit setzt der Bundesrat Tausende von Bankmitarbeitern (im Widerspruch zum Schweizer Recht) einem möglichen Strafverfahren im Ausland aus.

Die Entwicklungen nehmen für den Finanz- und Wirtschaftsstandort Zürich gefährdende Dimensionen an. Gleichzeitig ist nicht ersichtlich, welches Konzept dem Regierungsrat für den Schutz des Finanzplatzes und dessen Bewahrung vor weiterem Schaden vorliegt.

Begründung Dringlichkeit:

Die Negativentwicklungen im Zusammenhang mit dem Finanz- und Wirtschaftsstandort Zürich in jüngster Zeit erlauben keine weitere Verzögerung. Zur Bewahrung vor weiterem Schaden ist es höchste Zeit und dringend nötig, dass der Regierungsrat mit der Ausarbeitung eines strategischen Konzepts zur Rettung des Finanzplatzes Zürich beauftragt wird.